Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 6 (1926-1927)

Heft: 9

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Göttern darbringen mag, — hier wandelt er nicht ohne Fehltritt an der Grenze der Selbstgefälligkeit. Nur ein Gedanke hilft uns darüber hinweg: daß angesichts so virtuoser Selbstauflösung, wie sie die Sprache Manns erkennen läßt, die Rettung selbst aus kompaktesten Dingen, die wenig mehr zu tun haben mit dem „aristokratischen Interesse an dem Mysterium hoher Bevorteilung", noch willkommen sein muß. Das Elementare hat eine geheimnisvolle Würde. Vielleicht daß es sogar das Wunder vollbringen könnte, „Selbstgefälligkeit", wo es sich ihrer bemächtigt, zu jenem „Stärkeren, Tieferen und Produktiveren" wieder emporzuheben, eben zu jener „Liebe zu sich selbst, die der Geist der großen Autobiographie ist".

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Aus dem Leben der Parteien: Verwirrung im bürgerlichen Lager. — Der sozialistische Parteitag in Bern. — Um Grimms Nationalratspräsidentschaft.

Unser innerpolitisches Leben zeigt augenblicklich eine Verworrenheit und Richtungslosigkeit, die zu einiger Nachdenklichkeit Anlaß gibt. Stehen wir vor entscheidenden parteipolitischen Umgruppierungen in dem Sinn, daß nun auch im Bund die Bürgerblock-Politik ihr Ende findet, wie das in einzelnen Kantonen schon seit längerem geschehen ist? Oder drückt sich darin die unaufhaltsame Zersetzung unseres bisherigen parlamentarisch-patriarchalischen Regierungssystems aus? Oder bedeutet es gar den Anfang vom Ende der Demokratie überhaupt und den Übergang zu einer neuen, erst noch zu erfindenden Form gesellschaftlichen Daseins? Vielleicht steckt von all dem etwas in unserm gegenwärtigen Zustand.

Der heutige „Parlamentarismus", der längst nicht mehr auf dem Spiel und Widerspiel von zwei, sondern von einer ganzen Anzahl von Parteien beruht, von denen keine absolute Mehrheitspartei ist, macht ja in andern Ländern noch ganz andere Krisen durch. Nur braucht man deswegen das Kind nicht mit dem Bad auszuschütten. Das Beispiel Mussolinis, der dem Parlament gerade die auch heute noch wertvollste und unersetzliche Eigenschaft genommen hat: der Opposition Ausdrucksmöglichkeit zu bieten, reizt nicht zur Nachahmung. Fruchtbringender sind da zweifellos derartige Forderungen, wie sie beispielsweise die jüngst neugegründete „Elsässische Fortschrittspartei" an den französischen Parlamentarismus stellt: Stärkung der Regierungsgewalt durch unmittelbare Volkswahl des Staatspräsidenten, Beschränkung des auf eine Kammer mit geringer Abgeordnetenzahl reduzierten Parlaments auf die Gesetzgebung.

Daß anderseits die Bürgerblockpolitik auch im Bunde praktisch schon längst ihr Ende gefunden hat, zeigt nichts deutlicher als die Stellungnahme der Parteien in der Getreidemonopolfrage. Der ganze Streit, der in diesen Wochen mit einem so ungeheuren Aufwand an Papier und Druckerschwärze um diese Frage geführt wird, ist doch überhaupt nur verständlich, wenn man noch andere Beweggründe dahinter zu erkennen vermag, als die in der Sache selbst liegenden. Es hat sich in der Stellung zu dieser Frage ganz einfach eine Front der unselbständig Erwerbenden und der für ausreichende Erwerbsmöglichkeit auf staatlichen Schutz Angewiesenen gebildet. Das sind diejenigen Bevölkerungsschichten, die bei der fortschreitenden Industrialisierung und der weiteren Vervollkommnung des internationalen Verkehrswesens mehr und mehr im Staate ihren

natürlichen Rückhalt und Schutz suchen gegenüber der Willkür derjenigen Bevölkerungsteile, die kraft Überlieferung und kraft der sich in ihren Händem ansammelnden Machtmittel im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und heute auch noch im staatlich-politischen Leben so gut wie allein bestimmend sind. Parteimäßig bedeutet das, daß Sozialdemokratie und Bauernpartei in dieser Frage zusammengehen, während durch die katholische und die freisinnige Partei, denem beiden auch Arbeiter, Bauern und Angestellte angehören, mitten durch ein Riß geht. Daraus ergibt sich natürlicherweise diese Verwirrung im sog. „bürgerlichen" Lager, die heute festzustellen ist und die auch ihre Folgen für künftige Parteigruppierungen haben dürfte.

* * *

Nach außen den geschlossensten Eindruck macht augenblicklich die sozialdemokratische Partei. Sie verdankt das allerdings zum guten Teil nur ihrer gegenwärtigen überlegenen Führung. Wie sehr diese das Parteischifflein um alle gefährlichen Klippen zu steuern vermag, hat das Ergebnis des sozialdemokratischen Parteitages in Bern vom 6. und 7. November gezeigt. Der aufgeweckteren Teil der schweizerischen Sozialdemokratie ist anti-evolutionistisch, anti-pazifistisch, anti-völkerbündlerisch. Um sich aber innerhalb der eigenen Partei nicht der Gefahr des Überstimmtwerdens auszusetzen, entschloß sich schließlich auch dieser Teil für den Eintritt in die pazifistisch-„kleinbürgerliche" Hamburger Internationale. Nur sollte dieser Beitritt unter ausdrücklicher Angabe seiner Gründe erfolgen. Und der Berner Parteitag hat in der Tat diese Begründung: der Beitritt erfolge in ausgesprochen revolutionärer, klassenkämpferischer Absicht, mit Zweidrittelsmehrheit gutgeheißen.

Der gleiche Gegensatz in der Partei kam auch bei der Stellung zur Militärfrage zum Ausdruck. Die welschschweizerischen Sozialisten unter der Führung von Naine und Graber sind schon seit längerem ins pazifistisch-völkerbündlerische Lager abgeschwenkt und bekennen sich zum grundsätzlichen Kampf gegen Wehrhaftigkeit und Wehrwesen. Ein kleiner Flügel leistet ihnen auch aus der deutschen Schweiz Gefolge. In diesen Teilen der Partei herrscht die Meinung vor, die Parteileitung führe den Kampf gegen den Militarismus ohne Entschlossenheit. Es lag daher dem Parteitag ein dahingehender Antrag vor, der Kampf gegen den schweizerischen „Militarismus" sei im Großen: durch Gründung eines besonderen Sekretariates und allfälliger Lancierung einer Volksinitiative auf Abschaffung des gesamten schweizerischen Militärwesens, aufzunehmen. Aus den Begründungen, mit denen die Parteileitung und Vertreter der Mehrheit ihren anti-pazifistischen Standpunkt auf dem Parteitag rechtfertigten, seien zwei angeführt. Parteisekretär Huggeler sagte:

> „Die vorgeschlagene Initiative (auf Abschaffung des Militärs) brächte uns, wenn wir die Probe machen wollten, unzweifelhaft einen Mißerfolg, da wir keine Mehrheit aufbrächten. Vorläufig haben Bolschewismus und Faschismus keinen Boden in der Schweiz. Eine Spezialisierung auf den Antimilitarismus würde aber gerade dem Faschismus rufen."

Und Walter, Zürich, wies auf das englische Beispiel aus jüngster Zeit hin:

> „Auch das pazifistische Ministerium Mac Donald besaß einen Kriegs- und einen Marineminister. Als eine Gruppe Unabhängiger die volle Abrüstung verlangte, da stimmten 15 Mann dafür. Die Regierung selbst konnte in den Kolonien und in den Flottenausrüstungen nicht anders handeln als eine bürgerliche, da sie durch Staatsnotwendigkeiten dazu gezwungen war."

Schließlich hat auf dem Parteitag die anti-pazifistische Richtung mit ganz überwiegendem Mehr gesiegt.

Es ist recht aufschlußreich, wie man sich auf „bürgerlicher" Seite zu diesen verschiedenen Einstellungen innerhalb der Sozialdemokratie verhält. Am ausgesprochensten ist da natürlich die Haltung unserer „Kapitalisten"-Presse (Großindustrie, Handel- und Bankwelt), die ja von Natur aus — sofern es dem Geschäft förderlich — zum Internationalismus und Pazifismus neigt und daher dem pazifistischen Flügel der Sozialdemokratie ihr volles Wohlwollen

entgegenbringt. In auffallendem Gegensatz dazu steht die Meinung, wie sie im katholisch-konservativen „Vaterland" seitens seines Berner Berichterstatters geäußert worden ist: „In Bern haben am Sonntag (eben am Parteitag) mit Zweidrittelsmehrheit die Praktiker gesiegt. Vom bürgerlichen Standpunkt aus ist das zu begrüßen... Militärbudget und Armee sind gegen diese verkappten Militaristen roter Couleur besser zu verteidigen und zu halten, als gegen die vereinigten ideologischen Linkskartellisten, Pazifisten, Ragazianer u. s. w." („Vaterland" vom 9. November). Das ist aus dem Munde eines der bisherigen Vorkämpfer des Völkerbundes und Hauptberater des Politischen Departements allerhand. Auch wir begrüßen es übrigens, wenn der kampffreudige Teil in unserer Sozialdemokratie überwiegt. Mit Leuten, die sich offen zum Kampf bekennen, kommt man immer noch besser zu Rank, als mit solchen, denen der Mund ständig von schönen Worten überfließt und die dabei nur sich selbst und andere täuschen.

* * *

In das Kapitel Verwirrung der Geister und politischer Richtungslosigkeit gehört auch die Bewegung, die sich in der schweizerischen Öffentlichkeit seit einigen Wochen gegen das Vorrücken von Nationalrat Grimm vom Vizepräsidium zum Präsidium des Nationalrates abzeichnet. Wo diese Bewegung im Einzelnen ihren Ursprung hat, bleibe dahingestellt. Tatsache ist, daß sie in größerem Umfang zuerst in der welschen Schweiz auftrat. Die „Gazette de Lausanne" kennzeichnete die Lage richtig, als sie Mitte (14.) Oktober schrieb: „Es hieße die parlamentarischen Kreise schlecht kennen, wenn man bestreiten wollte, daß die Gegnerschaft gegen die Präsidentschaft Grimms sich vor allem bei den welschen Vertretern befindet." Im gleichen Artikel dieses Blattes war auch erwähnt, daß „am Schluß der letzten Session (des Nationalrates) von einer Kandidatur Maillefer die Rede war, immerhin nicht für das Präsidium, sondern für das Vizepräsidium des Nationalrates." Inwiefern nun die Gegnerschaft der welschen Vertreter gegen Grimms Präsidentschaft hiemit zusammenhängt, indem man hofft, bei der Nichtwahl Grimms den ehemaligen Bundesratskandidaten Maillefer ein Jahr früher auf den Präsidentensessel des Nationalrates zu bringen, wollen wir unerörtert lassen. Eine große Rolle bei dieser wütenden Gegnerschaft gegen Grimm spielt aber sicherlich auch ein anderes: eine Einstellung, wie sie aus folgenden Ausführungen ebenfalls der „Gazette de Lausanne" (vom 19. Oktober) spricht:

> „Es gibt glücklicherweise ein Element, mit dem die Abgeordneten (die von sich aus Grimm wählen würden) rechnen müssen: das ist die öffentliche Meinung. Nun aber beginnt sich seit einiger Zeit die öffentliche Meinung zu regen. Der „Mann von der Straße" beunruhigt sich über das, was im Dezember geschehen soll... Da genügt es, dem Schweizervolk in Erinnerung zu rufen, wer Grimm ist. Grimm ist es, der sich im Geheimen mit Hoffmann beredete, um Rußland (lies: Frankreichs Verbündeten) zum Abschluß eines Sonderfriedens zu bringen. Er diente 1917 als Vermittler zwischen Lenin und v. Romberg, um die berühmte Reise im plombierten Wagen zu verhandeln. Er war die Seele der Konferenz von Zimmerwald und Kienthal, die als Ziel die Vorbereitung der Weltrevolution hatten, der „notwendigen Folge" des Sieges der Alliierten, wie er sie nannte. Er war der Präsident des Oltener Komitees u. s. w. u. s. w."

Sehen wir hier nicht die gleichen Leidenschaften am Werk, denen wir während des Krieges und in all den Jahren seither immer und immer wieder begegnet sind (als Stichworte genügen: Oberstenprozeß, Hetze gegen die oberste Heeresleitung, Fall Hoffmann, Forrer, Müller u. s. f.)? Erinnert es nicht an den nämlichen Druck der Straße, unter dem das Lausanner Gericht vor wenigen Jahren sein Fehlurteil gegen den Mörder Worowskis fällte, wenn wir jetzt beispielsweise im gutbürgerlichen „Effort" von Chaux-de-Fonds (vom 12. November) lesen:

„Man wird wählen müssen: Grimm oder das Parlament. Weil es einen ebenso betrüblichen Weg beschritten hatte, wurde das Pariser Parlament vor einiger Zeit durch die rachsüchtige Menge belagert. Wir wollen nicht behaupten, daß die Wahl Grimms einen Marsch nach Bern auslösen würde, aber sie würde genügen, das Parlament zu diskreditieren... Es gilt den nationalen Frieden zu retten. Und wenn diese hohe Wahrheit unsern unentschlossenen Parlamentariern, diesen Rittern der Stimmenthaltung und des Kompromisses, unzugänglich ist, dann mögen sie wenigstens um ihren Sitz Sorge, und Angst vor eingeschlagenen Fenstern haben."

Wir haben unsern Volksvertretern bisher oft den Mangel an Rückgrat gegen oben, gegenüber der von ihnen selbst gewählten Regierung vorgeworfen. Lassen sie sich aber das bieten, was ihnen heute von unten, von ihren eigenen Wählern zugemutet wird, dann ist auch unser Parlament reif für eine Behandlung à la Mussolini. Es steht dem Volk zu, diejenigen zu seinen Vertretern zu wählen, die ihm passen, und — diejenigen nicht wieder zu wählen, die ihm nicht mehr passen. Während der Amtsdauer aber auf die persönliche Überzeugung und freie Entschlußfähigkeit der Gewählten durch Drohung mit Nichtwiederwahl und Fenstereinschlagen einwirken zu wollen, das heißt gegen die persönliche Freiheit und Würde des gewählten Volksvertreters verstoßen. Damit erniedrigt man die ganze Institution der Volkswahl. Das ist dann nicht mehr Volks-, das ist dann Pöbel-Herrschaft.

Seither ist die „Bewegung" auch auf die deutsche Schweiz übergesprungen. Sie geht hier teilweise von militärischen Kreisen aus. Offen unterstützt und gefördert wird sie — so viel im Augenblick zu übersehen ist — in der Hauptsache durch die Großpresse (Großkapitalflügel) des Freisinns. Es sind Stimmen laut geworden, die darin eine Verkoppelung der Bewegung gegen Grimm mit der Gegnerschaft gegen das Getreidemonopol sehen wollen. Sei dem wie ihm sei. Politischen Sinn und Wert kann diese Bewegung gegen Grimms Nationalratspräsidentschaft auf jeden Fall nur für diejenige Bevölkerungsschicht haben, die in der Sozialdemokratie und Arbeiterschaft ihren natürlichen Gegner sieht, und deren Politik es seit den Tagen des Generalstreiks gewesen ist, sich durch Anlehnung an die welsche Schweiz — allgemein und außenpolitisch heißt das an Frankreich — in der Herrschaft im Staat zu erhalten. Alle andern, die sonst noch gegen diese Wahl Grimms anlaufen, mögen sich subjektiv von den besten Absichten leiten lassen. Ihr Tun dient letzten Endes Zwecken, die ihnen selbst fremd sind, und sie verraten damit nur, wie sehr politisches Empfinden und selbständiges Urteilen dem jetzigen Bürgertum abhanden gekommen sind und wie sehr es daher der Indienststellung für ihm fremde Zwecke ausgeliefert ist.

Will es uns denn heute, nach acht Jahren, noch immer nicht zum Bewußtsein kommen, wie viel Demagogie es bedeutet, wenn man den Urhebern des Generalstreiks von 1918 auch die moralische Verantwortlichkeit für die Grippeopfer aufbürdet. Das dürfte man doch nur, wenn die Dezimierung der Armee durch die Grippe im Wollen der Streikurheber eingeschlossen gewesen wäre und wenn diese gar den Grippeerreger absichtlich unter den Truppen verbreitet hätten, etwa wie wenn man Typhus durch Vergiftung der Brunnen mit Typhuserregern verbreitet. Davon kann aber doch keine Rede sein. Diese Verkoppelung von Generalstreik und Grippeopfer im Sinne moralischer Haftbarkeit der Generalstreikurheber ist daher lediglich demagogischen Bedürfnissen entsprungen. Man ist also nicht nur auf sozialistischer Seite in den Mitteln nicht immer sehr wählerisch. Um so mehr aber sollte man heute, nachdem seither acht Jahre verstrichen sind, so viel Abstand von den Dingen haben, um diese so zu sehen, wie sie wirklich sind.

Das gilt auch in Bezug auf die Beurteilung des versuchten gewaltsamen Verfassungsumsturzes, wie ihn der Generalstreik vom November 1918 darstellt. Gewiß wäre es ein großes Unglück gewesen für unser Land, wenn dieser Versuch auch nur vorübergehend Erfolg gehabt hätte. Unsere heutige Sozialdemokratie ist so gar nicht berufen, unserem Staat diejenigen Verfassungsänderungen

zu bringen, die früher oder später einmal unvermeidlicherweise werden vorgenommen werden müssen. Diese Erkenntnis berechtigt uns trotzdem nicht, das Vorgehen der Sozialdemokratie als ein gemeines Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches, als eine ehrenrührige Handlung zu beurteilen. Ihre Urheber handelten subjektiv im guten Glauben, damit eine notwendige politische Neuerung zu schaffen. Der Hauptanführer unter ihnen ist wegen seines Vergehens mit einigen Wochen Gefängnis bestraft worden — ganz wie es sich gehört. Aber seine Ehre hat das nicht herabgemindert. Er wäre sonst sicherlich weder Präsident des bernischen Großen Rates, noch Vizepräsident des Nationalrates geworden. Selbst Gewaltsamkeit des politischen Vorgehens kann nicht ohne weiteres als Kriterium von Schimpflichkeit und Unehrenhaftigkeit gelten. Es gibt wenig große Änderungen in unserer inneren Geschichte, die nicht irgendwie unter Anwendung von Gewalt zustande gekommen sind. Noch die letzte und größte — und segensreichste —: die Bildung des Bundesstaates von 1848 beruht auf einer Überwältigung der Gegner der Verfassungsänderung mit Waffengewalt. Damit soll gewiß nicht leichtfertig der Mißachtung von Verfassung und Gesetz das Wort geredet werden. Aber es ist anderseits auch ein Anzeichen ungesunden öffentlichen Geistes und eines Mangels eigener schöpferischer Kraft, wenn an Stelle freier Urteils- und selbständiger Handlungsfähigkeit des einzelnen Bürgers ödes Pharisäer- und Philistertum überhand nimmt.

Zürich, den 19. November 1926.

Hans Oehler.

Unsern welschen Eidgenossen ins Stammbuch!

Alcide Ebray, ehemaliger französischer Generalkonsul und Ministerresident, ehemaliger politischer Redaktor am „Journal des Débats" und an der „Revue politique et parlementaire", hat vor anderthalb Jahren ein Buch „La Paix Malpropre" — Der unsaubere Friede — veröffentlicht, in dem am Versailler Friedensvertrag rücksichtslose Kritik geübt wurde (vergl. Juli-Nr. 1925 der „Monatshefte"). Soeben ist von ihm ein neues Buch erschienen: „Chiffons de Papier" (Delpeuch, Paris, 1926; 287 S.), das für die Schweiz von unmittelbarem Interesse ist, da es ein Kapitel enthält, das sich mit der Zonenfrage und dem französisch-schweizerischen Streitfall beschäftigt. Ebray sieht in diesem einen ähnlichen Fall, wie er sie in seinem Buch sonst noch aufzählt, wo nämlich ein Parlament eines Staates Verträge mit anderen Staaten einseitig von sich aus abändert oder bricht. Der schweizerisch-französische Zonenstreit hat wohl kaum jemals von einem Franzosen eine gerechtere und sachlichere Würdigung erhalten, als sie ihm hier seitens Ebrays zuteil wird. Nur die eine Einschränkung möchten wir anbringen: Bei der Verwerfung des Zonenabkommens durch die Volksabstimmung vom 18. Februar 1923 hat der Wunsch, damit gegen Frankreichs Ruhreinmarsch zu demonstrieren, wirklich nicht die Rolle gespielt, die ihm Ebray, gestützt auf die Stimmen einiger rabiater Abkommens- und Franzosenfreunde in der Schweiz, zumessen möchte. Was nun aber an diesem Kapitel des Ebray'schen Buches noch von besonderem Wert ist, das ist das darin ausgesprochene — richtige — Urteil über die Geistesverfassung unserer welschen Mitbürger während der Kriegs- und Nachkriegsjahre. Neu ist dem Eingeweihten das dabei Gesagte nicht. Aber aus dem Munde eines Franzosen, der zur Entschuldigung seines eigenen Landes, bezw. der Poincaré'schen Gewaltpolitik gegenüber der Schweiz, den unmittelbarst davon Betroffenen, den Welschschweizern, gewissermaßen ihr eigenes Sündenregister vorhält, ist es aber von besonderer Eindringlichkeit. So lesen wir also in dem Abschnitt „Pour que Genève pardonne" — Möge Genf verzeihen — u. a. folgendes:

„Damit man mir in Frankreich nicht zum Vorwurf mache, was ich im folgenden sage, unterstreiche ich diesen Punkt, daß die drei großen Nachbarstaaten der Schweiz — Frankreich wie die beiden andern — kein Interesse

haben, bei ihr eine jedem der drei völkischen Elemente, die sie bilden, entsprechende allzu unterwürfige Parteigängerschaft zu besitzen.

„Der synthetische Charakter der Schweiz würde verschwinden, würde illusorisch, wenn er sich nicht in der Form der Objektivität und Unparteilichkeit in den großen internationalen Auseinandersetzungen und Streitfällen bekunden würde. Nur dann kann eine zusammengesetzte Schweiz der Welt große Dienste leisten, während sie gleichzeitig damit ihrem eigenen Interesse dient. Hat die Schweiz während des Krieges sich diesem Charakter gemäß verhalten? Hat sie diese Rolle gespielt?

„Im Februar 1917, mehr als ein Jahr vor Kriegsende, hat die „Contemporary Review" in einem Artikel „Switzerland and the war" — Die Schweiz und der Krieg — diese Frage beantwortet. Der Verfasser stellte fest, daß die deutschschweizerische Presse einen neutralen Charakter zu wahren verstanden habe, während die welschschweizerische einen solchen nicht beobachtete; diese machte vorbehaltlos gemeinsame Sache mit der Entente, besonders mit Frankreich. Er hielt dafür, daß mit Bewahrung der Neutralität der schweizerischen Sache besser gedient sei als mit dem Gegenteil. Er sah daher voraus, daß bei Kriegsende der deutschschweizerische Einfluß in der schweizerischen Politik den welschschweizerischen überwiegen werde, was er, als Angehöriger eines Landes der Entente, bedauerte.

„Man kann sagen, daß während und nach dem Kriege die welsche Schweiz ein Anhängsel von Frankreich geworden war.

„Der Mitarbeiter der „Contemporary Review", der die Tatsachen richtig beobachtet hatte, täuschte sich offensichtlich betreffs ihrer Ursachen. Er erklärte die Haltung der welschschweizerischen Presse durch die natürliche Sympathie, die die Rassen- und Sprachgemeinschaft zwischen der welschen Schweiz und Frankreich schaffen muß. Aber diese Gemeinschaft bestand schon 1870, was die welsche Schweiz nicht gehindert hatte, sich damals Deutschland günstiger gesinnt zu zeigen als Frankreich. Anderseits kann man nicht sagen, daß sie sich vor dem Weltkrieg Frankreich gegenüber besonders günstig gesinnt gezeigt habe. In Wirklichkeit wurde die Haltung während des Krieges dadurch verursacht, daß sie über dessen Charakter jene idealistische Anschauung annahm, die die Propaganda der Entente in Ansehen zu bringen verstanden hatte. Für die Welschschweizer war der Krieg nicht, was er in Wirklichkeit war, ein Krieg der Interessen und der Appetite, wie alle anderen, ein Kampf rivalisierender Imperialismen. Es war ein Krieg des Rechts gegen die Verneinung des Rechts, der Demokratie gegen die Autokratie, der Zivilisation gegen die Barbarei, mit einem Wort: des Guten gegen das Böse — wobei die Entente das Gute verkörperte gegen sein Gegenteil. Die Mächte der Entente, Frankreich besonders, waren so zu Vorkämpfern des Rechts geworden. „La France champion du Droit" — so lautete sogar die Überschrift einer in Genf erschienenen Broschüre.

„Aus dieser Auffassung des Krieges entstand in der welschen Schweiz ein außergewöhnlicher Geisteszustand, eine Überspanntheit, wie man sie in keinem anderen Land, selbst nicht der Kriegführenden, ähnlich fand. Man war dort französischer als in Frankreich, und die Franzosen, die dorthin kamen, mußten sich in acht nehmen, daß sie nicht Unterricht in Patriotismus erhielten. Ein ausländischer Neutraler, der in Genf lebte, sagte mir eines Tages: „Man kann ruhig mit Franzosen über den Krieg sprechen, aber man kann es nicht mit Genfern."

„Ich habe selbst in Paris feststellen können, daß die Haltung der welschschweizerischen Zeitungen dort in den Kreisen der Presse lebhafte Überraschung hervorrief. Die Pariser Journalisten fanden es als Kriegführende ganz natürlich, die Moral und die Ausdauer der Massen dadurch aufrecht zu erhalten, daß sie ihnen Albernheiten erzählten, an die sie selbst nicht glaubten, über den Krieg für das Recht, für die Freiheit, für die Zivilisation, über das Unrecht und die Verbrechen des Feindes. Aber sie konnten nicht verstehen, daß neutrale Journalisten, die nicht die gleichen Gründe hatten, so zu sprechen, sie nachahmten, ja übertrafen...

„Der eben beschriebene Geisteszustand hat zur Folge gehabt, daß die Welschschweizer alle Vertrags- und Völkerrechtsverletzungen, die durch die Ententemächte während des Krieges oder nachher begangen worden sind, gutgeheißen haben. Die Verletzung der griechischen Neutralität ist durch die Zeitungen wie eine rechtmäßige und natürliche Sache hingenommen worden. Gleich ging es bei der Hungerblockade, die offensichtlich rechtswidrig war. Als die Entente durch den Versailler Vertrag das gegebene Wort gebrochen hatte, indem sie den Vertrag der vierzehn Punkte verletzte, stimmte die welschschweizerische Presse neuerdings zu...

„Der Akt Poincarés (gegenüber der Schweiz) war unentschuldbar... Aber wenn die Welschschweizer diese Tatsache mit der Billigung zusammenhalten, die sie Frankreich erteilt haben, als es allein oder in Gesellschaft mit seinen Verbündeten, auf Kosten anderer Länder als die Schweiz, Verträge verletzte, die noch ganz anders wichtig waren als diejenigen bezüglich der Freizonen, und diesen Ländern ganz anders schweres Unrecht zufügte als es der Schweiz zugefügt hat, werden sie in diesem Vergleich einen Grund zur Nachsicht finden."

* * *

Manchen unserer welschen Eidgenossen könnte es noch heute — acht Jahre nach dem Waffenstillstand — nicht von Schaden sein, wenn sie diese Ausführungen eines Franzosen zur eigenen Gewissensprüfung beherzigen wollten. O.

Zur politischen Lage.

Beredtes Schweigen. — Italien und die Presse. — Mussolini und Frankreich. — Italienische Balkanpolitik.

Die „Neue Zürcher Zeitung" hat in den ersten Novembertagen wieder einmal ihre Auffassung von schweizerischer Außenpolitik in verschiedenen Leitaufsätzen dargelegt. Sie findet in der „Schweizerischen Friedenspolitik" alles herrlich und wohl bestellt. Wir begreifen das durchaus, vom Standpunkte des Zürcher Blattes aus, in einer Zeit, wo es möglich ist, ungezählte Millionen gutes Schweizer Geld zu 8—10 Prozent im Auslande anzulegen. Weniger gut begreifen wir es, daß die „N. Z. Z." heute noch meint, die Schweizer Völkerbundsgegner ließen ihre ganze Politik einfach durch Rücksichten auf Deutschland leiten und hätten demgemäß in diesem Augenblick nichts eiligeres zu tun, als ihre Haltung gegenüber dem Völkerbund gänzlich zu ändern. Diese haltlose Unterstellung beweist doch nur aufs neue, wie wenig Verständnis in der „N. Z. Z." für eine politische Einstellung vorhanden ist, die sich weder von der Strömung der geistigen Mode noch von der Rücksicht auf das Geschäft führen läßt, sondern in erster Linie von der altüberlieferten Auffassung schweizerischer Außenpolitik und den daraus sich ergebenden Grundsätzen und Lehren. Man hat so wenig Verständnis für diese Gedankenwelt, daß man immer nach ausländischen Einflüssen sucht. Man ist deshalb in der Redaktion der „N. Z. Z." auf den schlauen Gedanken gekommen, der seit Monaten feststehende Beitritt Deutschlands in den Völkerbund habe im September auf den Verfasser der politischen Rundschau der Monatshefte so niederschmetternd gewirkt, daß er für das Oktoberheft überhaupt keinen Aufsatz fertig brachte! Mit Wohlgefallen wird dieses „beredte Schweigen" festgestellt. Wir haben volles Verständnis für diesen Gedankengang der Redaktion der „N. Z. Z.". Er ist ja nichts anderes als ein Rückschluß aus der eigenen Denkart auf die anderer Leute. Das „beredte Schweigen" ist doch sicher eines der hauptsächlichsten und interessantesten Kennzeichen des Zürcher Weltblattes. Es ist oft geradezu erstaunlich, was auf den täglich 16—32 Seiten alles keinen Platz findet. Gerade wenn eine Sache interessant wird, wenn man eine eigene Stellungnahme erwartet, gerade dann setzt gewöhnlich das „beredte Schweigen" ein. Wir möchten einmal unsern Lesern raten, die Probe aufs Exempel zu machen,

z. B. irgend ein Wort über die durch einen großen Teil der Schweizer Presse gegangenen Aufzeichnungen Bundesrat Forrers über seinen Rücktritt zu suchen. Wir werden uns selbst nächstens einmal erlauben, ein paar Beispiele aus der großen Politik hinzuzufügen. Im übrigen müssen wir freilich der „N. Z. Z." für das Ausbleiben der Rundschau im Oktoberheft eine sehr einfache Erklärung geben: Der Verfasser war von Mitte August bis Anfang Oktober im Ausland in den Ferien! Und zum Überfluß war der von der „N. Z. Z." empfundene Mangel am 7. November, wo ihr Aufsatz erschien, in der Novembernummer der Monatshefte bereits behoben!

* * *

Man ist oft auch in Versuchung, von „beredtem Schweigen" zu sprechen, wenn man heute die Blätter der verschiedensten Richtungen und der verschiedensten Länder auf ihre Nachrichten und Urteile über die Vorgänge in Italien durchgeht. Wir stehen hier vor der ganz unzweideutigen Tatsache, daß die Haltung Mussolinis gegenüber der Presse im In- und Ausland ihre Früchte zu tragen beginnt. Daß die italienischen Blätter keine eigene Meinung mehr haben, das wissen wir ja schon lange. Sie sind bloße Sprachrohre der Regierung geworden. Damit ergibt sich ohne weiteres, daß wir heute aus Italien selbst kein Bild der dortigen Lage mehr erhalten können. Die Presse berichtet nur noch das, was der Regierung paßt. Ein bezeichnendes Beispiel haben die Ereignisse nach dem fünften Attentat auf Mussolini geboten. Von den in allen Teilen Italiens tagelang nach dem Attentat, zuerst spontan und nachher planmäßig sich abspielenden Gewalttaten der Faszisten gegen ihre Gegner, hat das Ausland sehr wenig gehört. Nur der geringste Teil der Zwischenfälle ist in der großen Presse Italiens gemeldet und von der Telegraphenagentur Stefani weitergegeben worden. Das meiste wurde totgeschwiegen. Aus kleinern Blättern konnte man dann den wirklichen Umfang der Ausschreitungen wenigstens für einzelne Landesteile feststellen. Da las man denn von der Verwüstung der Wohnungen mißliebiger Persönlichkeiten in größtem Umfang und von allen möglichen Gewalttaten gegen Personen. Aus einer Interpellation im südslawischen Parlament hörte man plötzlich von der gänzlichen Zerstörung aller slowenischen Kultureinrichtungen in Görz. Die unvermeidliche Folge eines solchen Zustandes ist das Auftauchen von allen möglichen Alarmnachrichten in der ausländischen Presse, von denen der größte Teil falsch ist, von denen hie und da aber auch eine stimmt. Man wird in Zukunft diese Erscheinung noch in viel weitergehendem Maße feststellen können, da jede genaue Unterrichtung über italienische Verhältnisse auf den gewohnten, einigermaßen nachprüfbaren Wegen unmöglich geworden ist. Man wird sich diese Tatsachen bei der Wertung der italienischen Presse und überhaupt aller Berichte über Italien immer vor Augen halten müssen.

Im Ausland läßt sich aber noch eine weitere Folge der Politik Mussolinis gegenüber der Presse feststellen. Die italienische Regierung hat gegen jede Kritik ihrer Haltung durch das Ausland seit langem in schärfster Weise Front gemacht. Jede mißliebige Äußerung in einem ausländischen Blatte wurde in Italien von der Regierungspresse aufs schärfste zurückgewiesen und hatte gewöhnlich noch einen Schritt des diplomatischen Vertreters Italiens bei der betreffenden Regierung zur Folge. Das Ergebnis dieses Vorgehens können wir heute unverkennbar feststellen. Alle den Regierungen nahestehenden oder von ihnen irgendwie beeinflußten Blätter, alle von Wirtschaftsgruppen beherrschten Organe sind in der Berichterstattung über italienische Dinge und besonders in deren Besprechung und Beurteilung äußerst zurückhaltend geworden. Die Regierungen wollen eben möglichst Zwischenfälle mit Italien vermeiden, die Wirtschaftsgruppen befürchten eine unliebsame Rückwirkung auf ihre Geschäfte. So ist es der italienischen Regierung gelungen, einen großen Teil der Presse des Auslandes geradezu mundtot zu machen. Einen weitern Schritt in dieser Richtung bedeutete ohne Zweifel das der Kammer vorgelegte Ausnahmegesetz, das ja ursprünglich auch Ausländer im Auslande wegen italienfeindlicher Tätigkeit mit Zuchthausstrafen bedrohte. Offenbar erfolgten darauf hin energische

Vorstellungen ausländischer Regierungen, sodaß dieser Abschnitt aus dem jetzt bereits angenommenen Gesetze noch im letzten Augenblick ausgemerzt wurde. Trotzdem kann man sicher sein, daß Mussolini auf dem eingeschlagenen Wege weitergehen wird.

Die Wirkung dieses Zustandes ist auch in der Schweiz unverkennbar. Es hätte dazu des Lobspruches Mussolinis über die Folgsamkeit der Schweizer Presse in seiner Unterredung mit dem Vertreter des „Matin" gar nicht bedurft. Herr Motta gibt sich ja die größte Mühe, die Schweizer Blätter beständig zur größten Vorsicht Italien gegenüber zu bewegen. Er hat auch diesmal kurz nach dem Attentat eine entsprechende Mahnung herausgehen lassen. Man prüfe daraufhin einmal die Haltung mancher sonst so gesprächigen und jede kleinste Beeinträchtigung der demokratischen Rechte so scharf bekämpfenden Zeitung von einem Ende der Schweiz zum andern. Zweifellos hat unser Außenminister mit seinem Vorgehen in erheblichem Umfange recht. Wir kämen sonst aus den Zwischenfällen mit Italien nicht heraus und kein Mensch weiß, was sich aus derartigen Reibereien alles entwickeln könnte. Nur macht sich in unserem freien Lande der Unterschied zwischen der Haltung der Presse etwa in der Haltung gegen Italien und gegen Deutschland etwas merkwürdig.

Insgesamt muß man feststellen, daß die Berichterstattung der europäischen Presse über Italien allmählich eine entschiedene Ähnlichkeit mit der über Rußland bekommt. Je nach dem Parteistandpunkte ist sie rosenrot oder tiefschwarz gefärbt, sicheres aber weiß man nur verhältnismäßig wenig.

* * *

Die Ereignisse der letzten Tage haben im übrigen den Grundzug der italienischen Politik wieder einmal ganz deutlich hervortreten lassen. Unter dem Drucke der Überbevölkerung, des Verlangens der Wirtschaft nach Ausdehnung, der aufgepeitschten Leidenschaften des Faszismus tastet sie unaufhörlich und ringsum alle Möglichkeiten einer Machterweiterung ab. An und für sich sind diese Möglichkeiten gering. Daraus erklärt sich, daß Mussolini scheinbar sprunghaft an immer neuen Stellen einsetzt. Er hält eben alle Eisen im Feuer. Italien schürt und wühlt überall, wo es irgend eine Aussicht zum Eingreifen findet. Das bedingt immer neue Zusammenstöße mit dem Ausland, die Anknüpfung oder Lösung immer neuer Fäden und — die zunehmende Vereinsamung des faszistischen Italiens.

An zwei Orten ist in der jüngsten Zeit auf die fieberhafte Tätigkeit der Faszisten ein bezeichnendes Licht gefallen. Es sind zwei Hauptpunkte einer künftigen italienischen Ausdehnung, das westliche Mittelmeerbecken und der Balkan. Der Gegensatz gegen die in der Westhälfte des Mittelmeeres vorherrschende Macht, gegen Frankreich, wird immer offensichtlicher. Über das wahre Verhältnis der beiden großen romanischen Staaten vermögen heute auch die glühendsten Freundschaftsbeteuerungen nicht mehr hinwegzutäuschen. Italien kann es Frankreich nicht verzeihen, daß dieses so große Ausdehnungsmöglichkeiten im eigenen Machtbereich besitzt, während es selbst gar nichts derartiges hat. Die Wut über diesen Zustand, der mit dem faszistischen Glaubensbekenntnis von der Allmacht Italiens so schlecht übereinstimmt, wird immer größer. Sie entlädt sich bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit. Es ist kein Zufall, daß nach dem jüngsten Attentat auf Mussolini in Tripolitanien französische Konsulate verwüstet wurden, an der Rivieragrenze Zusammenstöße stattfanden und im Aostatal, das bekanntlich französisches Sprachgebiet ist, die beiden französischen Lokalblätter verboten wurden. Alle diese Vorfälle sind nur Äußerungen eines längst bestehenden Geisteszustandes.

Solche Ausbrüche sind sicher der italienischen Regierung im Augenblick unangenehm. Sie sucht sie denn auch mit Versicherungen des Bedauerns und innigster Freundschaft wieder vergessen zu machen. Wie aber die wirkliche Gesinnung und Tätigkeit der italienischen Behörden ist, das haben alle die im Zusammenhang mit der Affäre Garibaldi an den Tag gekommenen Tatsachen ergeben. Die Aufdeckung dieser Dinge ist für Mussolini in einem sehr ungünstigen Augenblick gekommen. Es herrscht denn auch in Italien ein be-

tretenes Schweigen. Der Duce selber hat in seinen verschiedenen wortreichen Erklärungen darüber keine Silbe verloren. Es geht eben aus allem doch ziemlich unzweideutig hervor, daß die italienischen Behörden selbst in Frankreich eifrig am Zustandekommen von Komplotten gearbeitet haben, die man dann wieder zu den heftigsten Ausfällen gegenüber dem Nachbarn benutzte. Und offenbar hat man auch mit den katalonischen Separatisten unter einer Decke gesteckt. Zweifelhaft bleibt dabei nur, ob man bloß Frankreich und Spanien hintereinander bringen wollte oder ob noch weitergehende Pläne vorhanden waren. Es ist wohl jetzt den Franzosen klar geworden, daß die Faszisten mit allen Kräften daran arbeiten, ihnen überall Schwierigkeiten zu schaffen. Die faszistische Organisation unter den zahlreichen Auswanderern arbeitet offen, und unterirdisch geschieht noch viel mehr.

Frankreich bewahrt dem allem gegenüber seine Ruhe in einer geradezu bewunderungswürdigen Weise. Hier zeigt sich die Brauchbarkeit der französischen Presseorganisation für eine überlegene Politik. Frankreich kann sich freilich sagen, daß einstweilen alle diese krampfhaften Bemühungen der Faszisten ohne großes Ergebnis bleiben müssen. Mit Gewalt werden sie nichts ausrichten können, da die militärische Überlegenheit Frankreichs viel zu groß ist. Und sonst fürchtet man wenig. So läßt man die Italiener strampeln. Ob dieser Zustand aber auf die Dauer anhalten wird, das ist doch sehr zweifelhaft. Es könnte sich ja einmal zeigen, daß die Arbeit der Faszisten nicht ganz so harmlos ist, wie sie einstweilen erscheint. Oder es könnte sich auch einmal ein Zwischenfall ernsterer Art ereignen, der dann nicht mit bloßen Entschuldigungen aus der Welt geschafft werden könnte. Was dann? Dann könnten auch die jetzt von Frankreich aus festgestellten Truppenverlegungen in Italien an die französische Grenze eine Bedeutung bekommen. Von Freundschaft ist jedenfalls an der Westalpengrenze nicht mehr viel zu verspüren.

* * *

Die letzten Wochen haben auch die italienische Politik auf dem Balkan wieder in hellem Lichte erscheinen lassen. Es ist bekanntlich das Bestreben Mussolinis, auf diesem heißen und vielumkämpften Boden als nächste Großmacht den bestimmenden Einfluß zu erlangen. Diesem Bestreben dient eine unaufhörliche, zielbewußte Arbeit der italienischen Diplomatie in allen Balkanstaaten. Die verschiedensten Mittel kommen dabei zur Verwendung.

Den Rumänen gegenüber wird die Annäherung mit der lateinischen Verwandtschaft begründet. Gerade jetzt wird diese in allen Tönen gefeiert. Darüber hinaus aber werden auch solidere Mittel zur Herstellung einer intimen Freundschaft angewandt. Die italienische Wirtschaft sucht sich in steigendem Maße in Rumänien ein Feld der Betätigung. Die Generalstäbe treffen Vereinbarungen. Ja Italien soll angeblich jetzt Rumänien bei der Aufstellung einer größern Kriegsflotte behilflich sein wollen. Man wird sich aber in Rom wohl trotzdem über die Dauerhaftigkeit und Zuverlässigkeit der Freundschaft mit der lateinischen „Schwesternation" keiner Täuschung hingeben. Sie ist auf alle Fälle nicht hoch einzuschätzen. Und außerdem ist Rumänien ein Staat, der auf allen Seiten von Feinden umgeben ist und dessen Zukunft nicht allzu rosig erscheint. Die größte Gefahr liegt an der Ostgrenze, wo der Streit um die Provinz Bessarabien nie zur Ruhe kommt. Die Sowjetregierung hat niemals darauf verzichtet. Zwischen ihr und Rumänien besteht deshalb kein eigentlicher Friedenszustand, sondern nur ein Waffenstillstand. Über die Tragweite dieser Frage und über die ihr zu Grunde liegenden Tatsachen unterrichtet übrigens ein vor kurzem erschienenes Buch des bekannten Geographen der Universität Tübingen, Professor Uhlig.[1]) Er hat den bessarabischen Verhältnissen ein eingehendes Studium an Ort und Stelle gewidmet und legt hier die Ergebnisse, soweit sie für den Streit um Bessarabien in Frage kommen, in erschöpfender Darstellung vor. Diese Dinge lassen Rumänien nur als sehr bedingt stand-

[1]) C. Uhlig: Die bessarabische Frage. Eine geopolitische Betrachtung. Breslau, Ferdinand Hirt, 1926. 107 S., 3 Karten.

festen Bundesgenossen für die Verwirklichung der Mussolinischen Pläne einschätzen.

Etwas anderes wäre es schon mit dem südslawischen Staate, dessen innere Standfestigkeit und militärische Tüchtigkeit erheblich höher einzuschätzen ist. Auch hier hat bekanntlich die Politik Mussolinis eingesetzt. Seine Einigung mit Südslawien vor zwei Jahren wurde damals in allen Tönen als eine staatsmännische Großtat gefeiert. Man sprach von einer südslawisch-italienischen Freundschaft. Ich habe damals darauf hingewiesen, daß die ganzen natürlichen Verhältnisse eine Freundschaft zwischen Italien und Südslawien beinahe unmöglich machen, und daß besonders ein gutes Einvernehmen der Südslawen mit den Faszisten wegen der schonungslosen Unterdrückung der slawischen Minderheit in Italien auf die Dauer undenkbar sei. Daß diese Ansicht richtig ist, haben die seither regelmäßig sich wiederholenden scharfen Zwischenfälle bewiesen. Jetzt gerade ist das wahre Verhältnis zwischen Südslawien und Italien anläßlich der jüngsten Ausschreitungen ganz offenkundig geworden. Es herrscht in Wirklichkeit beiderseits ein leidenschaftlicher Haß, der sich früher oder später entladen wird. So können Rücksichten der Staatsklugheit die beiden Staaten zu einem Vertragen bewegen, bei der ersten Gelegenheit wird sich das aber ändern. Italien muß damit rechnen, daß es an der Ostgrenze in schwierigen Lagen immer einen Todfeind sitzen haben wird.

Die drei restlichen Balkanstaaten sind alle so ungefestigt, daß sie kaum je als Bundesgenossen von Gewicht in Betracht kommen werden. Albanien ist für Italien ein begehrenswertes Ziel, wo es eine eifrige Tätigkeit entfaltet. Ein Versuch zur tatsächlichen Besitznahme würde aber unbedingt zum Zusammenstoß mit Südslawien und Griechenland führen und außerdem ständig sehr erhebliche Kräfte erfordern. Deshalb hat wohl Mussolini bis heute auf dieses Unternehmen verzichtet. Griechenland kommt als Bundesgenosse in einem Zusammenstoß mit der Türkei in Frage, der ja von Mussolini ständig im Auge behalten wird. Dafür bestehen aber auch scharfe Interessengegensätze, die sich immer noch zuspitzen werden. Italien verfolgt auf dem Dodekanes die gleiche Politik der rücksichtslosen Vernichtung des dortigen Griechentums, die es in Italien selbst gegenüber Slawen und Deutschen anwendet. Das muß in Griechenland stets größere Erbitterung erwecken. Von einem aufrichtigen Zusammengehen für die Dauer kann deshalb keine Rede sein. Eher wäre das bei Bulgarien möglich, das den Gegensatz zur Türkei und zu Südslawien mit Italien gemeinsam hat. Aber Bulgarien ist heute zu schwach und seine innere Zerklüftung so groß, daß auch es keine besondere Hilfe in einer großen Auseinandersetzung darstellen kann.

Alle diese Überlegungen führen also zu dem Ergebnis, daß für die italienische Balkanpolitik wohl eine Menge von Intrigen möglich sind, daß aber an ein dauerhaftes Ergebnis kaum zu denken ist. Das beweisen schon die ständigen Verschiebungen in der dortigen politischen Konstellation, die ja von Woche zu Woche anders aussieht. Es ist also auch hier dafür gesorgt, daß die Bäume Mussolinis nicht in den Himmel wachsen.

Aarau, den 17. November 1926.

Hektor Ammann.

Kultur- und Zeitfragen

Neue Wege.

Die Ereignisse des letzten Jahrzehnts mit seinen tiefgehenden Eindrücken sind auch an der deutschen Wissenschaft nicht spurlos vorübergegangen. Im Gegenteil, erst allmählich werden die großen Wirkungen klar. Die Wissenschaft sucht wieder mehr die Fühlung mit dem Leben. Sie empfindet vor allem